

# Bürgerschaft

## REDEN

**“Der UN-Migrationspakt: ein Schritt nach vorne” – Christiane Schneider am  
28.11.2018**

**“Mehr tun für reine Luft”: Norbert Hackbusch am 28.11.2018**

**“Vorkaufsrecht zum Schutz von Mieter\_innen: Warum erst jetzt?” – Heike  
Sudmann am 14.11.2018**

## SUCHEN

### PARLAMENTSDATENBANK

Sie können in der Datenbank direkt nach Ihrer individuellen Fragestellung recherchieren und sich die gefundenen Dokumente und Informationen zum parlamentarischen Ablauf am Bildschirm aufrufen, ansehen, speichern und ausdrucken. [Zur Datenbank](#)

### LÄNDERDATENBANK

Hier geht es zu den Anträgen aller DIE LINKE-Landtagsfraktionen in der [Länderdatenbank](#).

## ANTRÄGE

***Mindestens fünf Abgeordnete können einen Antrag zu einem bestimmten Thema einbringen. Dieser wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt und kann dort angenommen, abgelehnt, für erledigt erklärt oder an einen Ausschuss überwiesen werden. Hier finden Sie aktuelle Anträge der Linksfraktion Hamburg – ältere Anträge finden Sie in der [Parlamentsdatenbank der Hamburgischen](#)***

## Bürgerschaft.

30. November 2018

### Haushalt 2019/2020: Hamburg zur solidarischen Stadt für Alle machen

Unser Gegenentwurf zum Haushalt von Rot-Grün: Trotz einiger Mehrausgaben setzt der Senat mit seinem Haushaltsentwurf weiterhin eine Politik der Kürzungen fort. Aber diese Politik ist nicht alternativlos: Mit massiven Investitionen in Gesundheit, Soziales, Wohnen und Kultur wollen wir Hamburg auf den Weg bringen zu einer solidarischen Stadt für Alle. Einen Überblick über unseren Haushaltsentwurf mit Verlinkungen zu allen Einzelanträgen finden Sie [hier](#). Unseren Leitantrag zu den Haushaltsverhandlungen gibt es [hier](#).

14. November 2018

### Schutzräume ausbauen – Frauenhäuser stärken

Frauen in akuten Bedrohungssituationen brauchen Schutzräume und ein funktionierendes Hilfesystem. Doch Hamburgs Frauenhäuser sind seit Jahren überlastet. Legt man die Richtlinien der „Istanbul-Konvention“ an, fehlen in der Hansestadt 230 Frauenhausplätze – Plätze, die Leben retten können. Der Stellenschlüssel ist in den Hamburger Frauenhäusern mit 1:8 so niedrig, dass in eine notwendige Begleitung von Frauen in Krisensituationen oft nicht möglich ist. Gleichzeitig ist die Verweildauer in Frauenhäusern in Hamburg aufgrund der verfehlten Wohnungspolitik sehr hoch – er liegt im Schnitt bei 175 Tagen. Wir beantragen: Die Aufstockung um 230 Plätze in Hamburger Frauenhäusern, eine deutliche Erhöhung des Stellenschlüssels und die Einrichtung eines Wohnraumkontingents von jährlich 60 Plätzen bei einer Wohnungsgenossenschaft. [Zum Antrag](#)

---

30. Oktober 2018

### Zuschlag zur Grundsicherung im Alter (SGB XII) einführen und erhöhte Lebenshaltungskosten in Hamburg berücksichtigen

Immer mehr Menschen sind in Hamburg von Altersarmut betroffen und beziehen Grundsicherungsleistungen. Diese sind allerdings nicht an die überdurchschnittlich hohen Lebenshaltungskosten in Hamburg angepasst. Wir beantragen daher einen Zuschlag zur Grundsicherung im Alter. [Zum Antrag](#)

---

17. Oktober 2018

### Gemeinwohlorientierte Grundstücks- und Bodenpolitik für Hamburg – Erbbaurecht statt Ausverkauf städtischer Grundstücke

In Hamburg erleben wir seit Jahren eine Explosion der Mieten und Bodenpreise. Das Wohnen wird dadurch immer teurer, für viele Menschen sind die Mieten in Hamburg kaum noch zu bezahlen. Eine Möglichkeit, mit der die Stadt Hamburg Einfluss auf diese Entwicklung nehmen kann, sind die im Besitz der Stadt befindlichen Grundstücke. Wer eine langfristige Stadtentwicklung betreiben möchte, muss auch noch in Jahrzehnten die Möglichkeit haben, auf stadteigene Flächen zurückgreifen zu können. Wir beantragen unter Anderem, dass städtische Grundstücke nicht mehr verkauft, sondern im Wege des Erbbaurechts vergeben werden – und ausschließlich an gemeinwohlorientierte Akteur\_innen des Wohnungsmarktes. [Zum Antrag](#)

02. Oktober 2018

### [Unabhängige Prüfung der Vernichtung von mehr als 1 Million ärztlicher Todesbescheinigungen im Staatsarchiv](#)

Das Hamburger Staatsarchiv hat die Aufgabe, Aufzeichnungen von staatlichen und privaten Stellen für die Nachwelt dauerhaft zu sichern. Im Juli wurden hat das Staatsarchiv still und heimlich mehr als 1 Millionen Todesbescheidigungen aus den Jahren 1876 bis 1953 vernichtet – darunter die Todesbescheinigungen unzähliger NS-Opfer. Wir beantragen unter Anderem eine unabhängige Prüfung der Vorgänge, und Regelungen, die sicherstellen, dass Akten aus dem Staatsarchiv nicht mehr so einfach unwiederbringlich vernichtet werden können. [Zum Antrag](#)

---

12. September 2018

### [Winternotprogramm ganztägig und für alle öffnen](#)

Am 1. November startet wieder das Winternotprogramm. Dieses bietet Obdachlosen einen Schlafplatz in der kalten Jahreszeit. Allerdings ist das Winternotprogramm nur nachts geöffnet – tagsüber werden Obdachlose auf die Straße gesetzt. In den vergangenen Jahren wurde vielen Menschen der Zugang zum Winternotprogramm verwehrt – mit der Begründung, dass sie „freiwillig“ obdachlos seien. Betroffen sind vor allem Obdachlose aus der EU. Wir beantragen, dass das Winternotprogramm ganztägig Aufenthaltsräume zur Verfügung stellt. Der Zugang zum Winternotprogramm muss voraussetzungslos und unabhängig von der Herkunft gewährleistet werden!

[Zum Antrag](#)

---

12. September 2018

### [Studentisches Wohnen ausbauen – Zusätzliche Wohnungen beim Studierendenwerk](#)

## Hamburg schaffen – Studierendenwerk auskömmlich finanzieren

Mit dem Beginn des Wintersemesters kommen wieder viele Studierende nach Hamburg, die es schwer haben, auf dem angespannten Hamburger Wohnungsmarkt eine Bleibe zu finden. Wir beantragen, dass die Wohnheimplätze für Studierende weiter ausgebaut werden und dass der Hamburger Senat sich auf Bundesebene dafür einsetzt, die Wohnkostenpauschale im BAföG den realen Wohnkosten in Hamburg anzupassen. [Zum Antrag](#)

---

12. September 2018

## Hamburg muss zum sicheren Hafen werden!

Tagtäglich ertrinken Menschen auf der Flucht nach Europa im Mittelmeer. Die Regierungen von Italien und Malta kriminalisieren Nichtregierungsorganisationen, die Geflüchtete vor dem Ertrinken retten, und setzen deren Boote fest. Gegen diesen Zivilisationsbruch muss ein Zeichen gesetzt werden! Deshalb beantragen wir, dass Hamburg die Kriminalisierung der Seenotrettung öffentlich verurteilt und sich zur Aufnahme von geretteten Geflüchteten bereit erklärt. [Zum Antrag](#) 12. September 2018

## Durchfahrverbot für den Transit-Lkw-Verkehr durch Hamburg prüfen!

In vielen Teilen Hamburgs stinkt es gewaltig. Erhöhte Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung insbesondere an großen Straßen ist mit hohen gesundheitlichen Gefahren verbunden. Ein wichtiger Faktor bei der Luftvermutzung sind LKWs. Wir beantragen hier in der Bürgerschaftssitzung die Prüfung eines Durchfahrverbots für Transit-LKWs. Damit wären nur noch LKWs auf Hamburger Straßen unterwegs die ein Ziel oder einen Ausgangspunkt in Hamburg haben. [Zum Antrag](#)

---

22. August 2018

## Hamburg braucht dringend einen aktuellen und bedarfsgerechten Schulentwicklungsplan!

Die Zahl der Schüler\_innen in Hamburg wächst von Jahr zu Jahr. Allein seit dem letzten Schulentwicklungsplan (SEPL) aus dem Jahr 2012 sind mehr als 16.700 Schüler\_innen neu hinzugekommen – Prognose: weiter steigend. Angesichts dieser Zahlen und der zunehmenden Bildungsungerechtigkeit fordern wir vom Senat die Ausarbeitung eines neuen Schulentwicklungsplans. [Zum Antrag](#)

---

22. August 2018

## Transparente Planungen für unseren Hafen

Dem Senat fehlt eine klare und auf einen Universalhafen ausgerichtete Hafenpolitik. Wir gehen davon aus, dass die ökonomische Bedeutung des Hafens für Hamburg zurückgehen wird. Ging der Hafenentwicklungsplan 2012 noch von einer Erhöhung der umgeschlagenen Container auf 17 Millionen TEU im Jahr 2020 aus, werden es real nur 9 Millionen werden. Es gibt einen Sanierungsstau im Hafen. Zu befürchten ist, dass der Senat vom Grundsatz abweichen möchte, dass alle Hafenflächen in staatlicher Hand bleiben. Wir fordern den Senat auf, der Bürgerschaft bis Ende 2018 darzulegen, welche Investitionen im Hafen notwendig wären und wie sie finanziert werden sollen. Außerdem fordern wir, dass der Senat eine breite strategische Diskussion über den Hamburger Hafen initiiert. Auf diesen Grundlagen soll der Hafenentwicklungsplan 2019 neu entwickelt werden. [Zum Antrag](#)

---

22. August 2018

### **[Die Gunst der Stunde nutzen – Den Berliner Entwurf eines Gesetzes zur Modernisierung des sozialen Mietrechts unterstützen!](#)**

Die Mieten in Hamburg steigen seit Jahren rasant. Um dagegen vorzugehen sind Gesetzesveränderungen auf Bundesebene notwendig. Der rot-rot-grüne Berliner Senat hat einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, der die Möglichkeiten einschränkt, Gewinne auf Kosten der Mieter\_innen zu machen. Die Berliner Mietrechtsinitiative zielt vor allem darauf ab, die bisher weitgehend unwirksame Mietpreisbremse zu effektivieren, die teilweise gigantisch ausfallende Modernisierungsumlage auf ein bezahlbares Maß abzusenken und den Mietenspiegel zu einem realeren Abbild der Wohnungsmarktverhältnisse zu machen. All diese Punkte würden wesentlich dazu beitragen, die sich seit Jahren auf dem Hamburger Mietwohnungsmarkt zuspitzende Situation zu entschärfen. Daher fordern wir den Senat auf, sich in den Ausschussberatungen für den Berliner Entwurf des Mietrechtsmodernisierungsgesetzes zu engagieren und bei den Ausschussberatungen und der Abstimmung im Bundesrat für den Gesetzentwurf zu stimmen. [Zum Antrag](#)

---

14. Juli 2018

### **[Radikalenerlass – Ein unrühmliches Kapitel in der Geschichte Hamburgs muss aufgearbeitet werden](#)**

Der 1972 beschlossene sogenannte Radikalenerlass richtete sich primär gegen die Linke, die ab 1968 im Aufwind war. Er bedeutete für Tausende, dass sie wegen ihrer politischen Haltung von Berufsverboten betroffen waren – als Begründung dafür reichten bereits die Mitgliedschaft in Parteien wie der DKP oder Teilnahme an Demonstrationen. SPD und Grüne haben einen Antrag zur Aufarbeitung dieser Praxis eingebracht, der allerdings in den Konsequenzen sehr vage bleibt. In unserem Zusatzantrag geht es uns darum, die Praxis der

Berufsverbote umfassend aufzuarbeiten, die Betroffenen zu rehabilitieren und zu entschädigen. [Zum Antrag](#)

---

18. Juli 2018

### [Auf die Überholspur gegen HIV und AIDS – Hamburg soll der FastTrack-Cities-Initiative beitreten](#)

Seit dem Start am Welt-AIDS-Tag 2014 am 1. Dezember haben mehr als 90 Metropolen weltweit die Paris Declaration „Fast Track Cities: Ending the AIDS epidemic“ unterzeichnet, die von UNAIDS, IAPAC, UN-HABITAT und dem Bürgermeister von Paris ins Leben gerufen wurde, darunter auch Berlin als Deutschlands größte Metropole und Hamburgs Partnerstadt Chicago. Ein Beitritt zu den „Fast Track Cities“ bietet Hamburg gute Möglichkeiten, beim Kampf gegen HIV und AIDS, besser zu werden. Daher fordern wir den Senat dazu auf, bis Ende 2018 einen Beitritt Hamburgs zur „Fast-Track-Cities-Initiative“ einzuleiten. [Zum Antrag](#)

---

26. Juni 2018

### [Hamburg unterstützt Forschungsteam für eine klinische Studie zur Heilung von HIV/AIDS](#)

Das Forschungsprojekt um Professor Joachim Hauber im Heinrich-Pette-Institut (HPI), das an der Möglichkeit arbeitet, durch den Einsatz einer spezifischen „molekularen Schere“ die genetische Information des HI-Virus nach erfolgter Infektion wieder aus dem Körper zu entfernen, ist wichtig und sollte, wie im Antrag Drs. 21/13441 vorgeschlagen, gefördert werden. Allerdings sollten einige Aspekte bei einer solchen Finanzierung mitgedacht werden, welche wir [in unserem Antrag](#) anführen.

---

13. Juni 2018

### [Mietenpolitik der SAGA zugunsten der Mieter\\_innen ändern](#)

In der Bürgerschaftssitzung am 16. Mai 2018 konnte die Neufassung des Antrages der Fraktion DIE LINKE „Mieterhöhungsstopp bei der SAGA jetzt!“ (Drs. 21/12885) nicht abgestimmt werden. Das neue Petitum, das jetzt mit diesem Antrag vorgelegt wird, nimmt im Vorfeld geäußerten Befürchtungen und auch Behauptungen auf und zeigt, wie eine andere Mietenpolitik der SAGA sowohl für die SAGA-Mieter/-innen als auch für alle Mieter/-innen in der Stadt positiv gestaltet werden kann. Wir fordern den Senat erneut dazu auf, mit der SAGA eine Kooperationsvereinbarung abzuschließen, in der sich die SAGA u.a. dazu verpflichtet, auf die üblichen Mieterhöhungen mit der Orientierung auf den Mittelwert des Mietenspiegels bis zur Veröffentlichung des neuen Mietenspiegels 2019 zu verzichten. [Zum Antrag](#)

---

13. Juni 2018

### **Mietenpolitik der SAGA zugunsten der Mieter/-innen ändern**

In der Bürgerschaftssitzung am 16. Mai 2018 konnte die Neufassung des Antrages der Fraktion DIE LINKE „Mieterhöhungsstopp bei der SAGA jetzt!“ (Drs. 21/12885) nicht abgestimmt werden. Das neue Petitum, das jetzt mit diesem Antrag vorgelegt wird, nimmt im Vorfeld geäußerten Befürchtungen und auch Behauptungen auf und zeigt, wie eine andere Mietenpolitik der SAGA sowohl für die SAGA-Mieter/-innen als auch für alle Mieter/-innen in der Stadt positiv gestaltet werden kann. In den vergangenen Jahren hat die SAGA durchschnittlich rund 160 Millionen Euro Jahresüberschuss erwirtschaftet, und dies trotz erheblicher Investitionen in Wohnungsneubau und -modernisierung. Die Eigenkapitalquote der SAGA ist mittlerweile auf stolze 40 Prozent angewachsen. [Zum Antrag..](#)

---

13. Juni 2018

### **Zerfall der Schiller-Oper stoppen – Senat muss den Denkmalschutz jetzt durchsetzen**

Die Schiller-Oper auf St. Pauli ist mit ihrer denkmalgeschützten Stahlkonstruktion des ehemaligen Zirkusbaus in Deutschland und wohl auch europaweit einmalig. Seit Jahren müssen die Anwohner/-innen und viele weitere Denkmalschutz-Engagierte dem Zerfall des Gebäudes zusehen. Mit großem Engagement versuchen sie, dieses Denkmal zu retten. Wie jetzt durch die Schiller-Oper-Initiative bekannt wurde, liegt seit Anfang April 2018 die gutachterliche Stellungnahme zu dem baulichen Zustand und dem Sanierungsaufwand vor. Die gute Nachricht: Noch ist das Denkmal zu retten. Die schlechte Nachricht: Der kritische Zustand des Denkmals verschlechtert sich weiter, unter anderem durch die teilweise großflächig ungeschützte Stahlkonstruktion und durch Undichtigkeit im Dach. Wir fordern den Senat u.a. dazu auf, die gutachterliche Stellungnahme zu veröffentlichen und an die Eigentümerin zu appellieren, Maßnahmen zur Erhaltung des Denkmals „Schiller-Oper“ durchzuführen. [Zum Antrag](#)

---

13. Juni 2018

### **Vereinfachung der Beantragung von Kita-Gutscheinen**

Bei den mindestens jährlichen Weiterbewilligungen der Kita-Gutscheine kommt es immer wieder zu verspäteten Meldungen von Eltern, weil die Eltern die Weiterbewilligung aus verschiedenen Gründen nicht rechtzeitig beantragen können oder die Weiterbewilligung vergessen. Die Eltern und ihre Kinder werden bei der Weiterbewilligung dann von der Sozialbehörde so behandelt, als ob sie gar keinen Anspruch auf Betreuung für diesen Zeitraum haben, und sie

müssen die gesamte Betreuung des Kindes zahlen. Das gilt sogar für die sonst beitragsfreie fünfstündige Grundbetreuung, und das, obwohl ein grundsätzlicher Anspruch auf weitere Betreuung des Kindes besteht. Mit [unserem Antrag](#) setzen wir uns für ein vereinfachtes Antrags- und Wiederbewilligungsverfahren ein.

---

13. Juni 2018

### **[Minijobs abschaffen – Mehr reguläre Beschäftigung ermöglichen!](#)**

Im April 2018 stellte der DGB Hamburg einen Minijobreport für Hamburg vor (<http://hamburg.dgb.de/presse/++co++5345cef6-3eec-11e8-97ec-52540088cada>). Die Zahlen weisen eine deutliche Steigerung der geringfügigen Beschäftigung in Hamburg auf: Fast 177.000 Menschen waren 2017 in einem Minijob beschäftigt, davon über 105.000 ausschließlich. Von den ausschließlichen Minijobbern/-innen sind fast 63.000 Frauen. [Zum Antrag...](#)

---

12. Juni 2018

### **[Schutz von pflegebedürftigen Menschen sicherstellen – Hamburgisches Wohnbetreuungsqualitätsgesetz und Wohn-Pflege-Aufsicht verbessern](#)**

Die Gesundheitsbehörde stellte am 22.05.2018 in einer Pressekonferenz ihre Pläne zur Reform der Wohn-Pflege-Aufsicht und einer Novellierung des Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes vor. Die geplanten Maßnahmen sind aber nicht ausreichend, um einen durchgängigen Schutz und eine Selbstvertretung der auf Pflege angewiesenen Menschen und ihrer Angehörigen sicherzustellen. [Zum Antrag...](#) 30. Mai 2018

### **[Dolmetscher/-innen an Hamburger Schulen endlich bedarfsgerecht einsetzen und angemessen vergüten](#)**

Eltern, denen die notwendigen Kenntnisse der deutschen Sprache sowie der Bandbreite schulischer Strukturen, Vorschriften und Möglichkeiten noch fehlen, sind gerade in Hinsicht auf die zahlreichen Fragestellungen, welche die richtige Entscheidung zur Bildungskarriere ihrer Kinder im Hamburgischen Schulsystem mit sich bringen, auf bestmögliche Unterstützung und Beratung durch qualifizierte Fachkräfte in ihrer eigenen Muttersprache wie im Deutschen angewiesen. Ein Begleitungsbedarf für Sorgeberechtigte, der nicht zuletzt vor dem Hintergrund weiter wachsender Zuschulungen von zuziehenden Kindern aus Deutschland und der ganzen Welt ins Regelsystem unserer Schullandschaft sehr hohe Relevanz besitzt und weiterhin besitzen wird. [Zum Antrag...](#)

---

30. Mai 2018

## [Akteneinsicht in die Unterlagen zum City-Hof \(Neufassung\)](#)

Der Senat versucht seit Jahren mit allen Mitteln, den Abriss des City-Hofs, der vier Hochhäuser am Klosterwall, durchzusetzen. Weder der bestehende Denkmalschutz für den City-Hof noch eine mögliche Beeinträchtigung des Weltkulturerbes „Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus“ haben den Senat – neben vielen anderen guten Argumenten – von seinen Abriss- und Neubauplänen abbringen können. So hat der Senat seine Abrissgenehmigung auch damit begründet, dass Wohnungen bei Erhalt des City-Hofs nicht genehmigt werden könnten. Diese Aussage wurde dann zurückgenommen.<sup>1</sup> Bis heute gibt es kein – wie vom Gesetz gefordert – „überwiegendes öffentliches Interesse“, das den Denkmalabbriss rechtfertigt. Durch eine Schriftliche Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Drs. 21/12931 vom 11. Mai 2018) wurde bekannt, dass auch ICOMOS, das weltweit höchste Fach- und Beratungsgremium der UNESCO in Sachen Kulturerbe, den Abriss negativ sieht. [Zum Antrag](#)

---

30. Mai 2018

## [Qualität der stationären Pflege verbessern – Hamburgisches Wohnbetreuungsqualitätsgesetz und Wohn-Pflege-Aufsicht verbessern](#)

Die Gesundheitsbehörde stelle am 22.5.2018 in einer Pressekonferenz ihre Pläne zur Reform der Wohn-Pflege-Aufsicht einer Novellierung des Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes vor. Die geplanten Maßnahmen sind aber nicht ausreichend, um einen durchgängigen Schutz der auf Pflege angewiesenen Menschen sicherzustellen. Ganz im Gegenteil ist zu befürchten, dass die eigentlich hohen Standards des Hamburgischen Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetzes und der Durchführungsverordnung aufgeweicht werden, wenn Regelprüfungen an den MDK delegiert werden. [Zum Antrag](#)

---

30. Mai 2018

## [Dolmetscher/-innen an Hamburger Schulen endlich bedarfsgerecht einsetzen und angemessen vergüten](#)

Eltern, denen die notwendigen Kenntnisse der deutschen Sprache sowie der Bandbreite schulischer Strukturen, Vorschriften und Möglichkeiten noch fehlen, sind gerade in Hinsicht auf die zahlreichen Fragestellungen, welche die richtige Entscheidung zur Bildungskarriere ihrer Kinder im Hamburgischen Schulsystem mit sich bringen, auf bestmögliche Unterstützung und Beratung durch qualifizierte Fachkräfte in ihrer eigenen Muttersprache wie im Deutschen angewiesen. Ein Begleitungsbedarf für Sorgeberechtigte, der nicht zuletzt vor dem Hintergrund weiter wachsender Zuschulungen von zuziehenden Kindern aus Deutschland und der ganzen Welt ins Regelsystem unserer Schullandschaft sehr hohe Relevanz besitzt und weiterhin besitzen wird. [Zum Antrag](#)<sup>16. Mai</sup>

## [City-Hof: Keine \(Abriss-\)Fakten schaffen ohne Bewertung von ICOMOS und dem](#)

## UNESCO-Weltkulturerbe

Der Senat versucht seit Jahren mit allen Mitteln, den Abriss des City-Hofs, der vier Hochhäuser am Klosterwall, durchzusetzen. Weder der bestehende Denkmalschutz für den City-Hof noch eine mögliche Beeinträchtigung des Weltkulturerbes „Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus“ haben den Senat – neben vielen anderen guten Argumenten – von seinen Abriss- und Neubauplänen abbringen können. [Zum Antrag](#)

---

16. Mai

## Betriebserlaubnis des Flughafens Helmut Schmidt

Der Flughafen Hamburg ist mittelbar über seine Funktion für Dritte einer der großen Wirtschaftsbetriebe der Freien und Hansestadt Hamburg. Er wickelt sowohl Personenwie Frachtverkehr ab und ist mit seinen Ursprüngen als Luftschiffhafen mittlerweile seit mehr als 100 Jahren in Betrieb. Über die Belastungen der Menschen durch den Flugverkehr ist in den letzten Jahren vermehrt diskutiert und parlamentarisch gearbeitet worden. Die 10- und 16-Punkte-Pläne stehen für die parlamentarische Behandlung und die Erkenntnis, dass ein Flughafen in der Stadt negative Auswirkungen auf die Menschen hat. [Zum Antrag](#)

---

16. Mai 2018

## Akteneinsicht in die Unterlagen zum City-Hof

Der Senat versucht seit Jahren mit allen Mitteln, den Abriss des City-Hofs, der vier Hochhäuser am Klosterwall, durchzusetzen. Weder der bestehende Denkmalschutz für den City-Hof noch eine mögliche Beeinträchtigung des Weltkulturerbes „Speicherstadt und Kontorhausviertel mit Chilehaus“ haben den Senat – neben vielen anderen guten Argumenten – von seinen Abriss- und Neubauplänen abbringen können. [Zum Antrag](#)

---

16. Mai 2018

## Verlängerung der Bindungsfristen im 1. Förderweg

„Mietpreise auf Rekordhoch“ („Hinz&Kunzt“ online, 26.4.2018). „Wohnen nur für Reiche?“ („Stern“, 26.4.2018). Zwei Meldungen von einem Tag, die auf die anhaltende Mietenexplosion und den damit einhergehenden wachsenden Anteil der Mietkosten am Haushaltsbudget verweisen. Die in den letzten Jahren rückläufige Anzahl der geförderten und damit bezahlbaren Wohneinheiten des 1. Förderweges hat maßgeblich dazu beigetragen, dass nach einer repräsentativen HASPA-Studie mittlerweile gilt, was das „Hamburger Abendblatt“ am 2. März 2018 in diese Überschrift kleidete: „Fast jeder zweite Hamburger zahlt halbes

Gehalt für Miete“. [Zum Antrag](#)

---

16. Mai 2018

### [Mindestlohn auch im Vergabegesetz verankern](#)

Neben dem beantragten tariflichen Mindestlohn für Beschäftigte der eigenen Unternehmen kann die Freie und Hansestadt Hamburg auch Anstoßgeberin für die Privatwirtschaft sein. Die Vergabe von Aufträgen an Privatfirmen ist für viele Branchen eine wesentliche Umsatzquelle. Jährlich vergibt die Freie und Hansestadt Hamburg für etliche Milliarden Euro Aufträge extern und ist damit in vielen Branchen eine wesentliche Umsatzquelle. [Zum Antrag](#)

---

02. Mai 2018

### [Planungen für Steinwerder-Süd veröffentlichen](#)

Betriebsratsvorsitzende aus dem Hamburger Hafen haben am 25.04.2018 auf einer Pressekonferenz mitgeteilt, die Planungen von Senat, Wirtschaftsbehörde und HPA nach dem erfolgten „Ideenwettbewerb“ für die Fläche Steinwerder-Süd hätten bei den Beschäftigten große Unsicherheit ausgelöst. Das Schicksal ihrer Kollegen vom BussHansa-Terminal, der von der Freien und Hansestadt Hamburg für fast 140 Millionen Euro für weitere Planungen zurückgekauft wurde, ohne irgendwelche Sicherungen für die dort Beschäftigten zu vereinbaren – zum Teil sind sie jetzt noch arbeitslos –, sei ihnen noch in Erinnerung. [Zum Antrag](#)

---

27. April 2018

### [Mieterhöhungstopp bei der SAGA jetzt!](#)

In den vergangenen Jahren hat die SAGA regelmäßig erhebliche Überschüsse erwirtschaftet, 2016 beispielsweise waren es rund 150 Millionen, 2013 sogar 183 Millionen Euro, und dies trotz erheblicher Investitionen in Wohnungsneubau und -modernisierung. Diese Überschüsse entstehen vorrangig auf der Basis von Mieten und Mieterhöhungen, die alle zwei Jahre gut 50.000 Haushalten – das heißt rund 40 Prozent aller Mieter/-innen – abverlangt werden (Drs. 21/780, Seite 7). Die SAGA hat sich zum Prinzip gemacht, nach jedem neuen Mietenspiegel – wie kaum ein/e private/r Vermieter/-in – nur wenig Zeit verstreichen zu lassen, um die Mieten für einen beträchtlichen Teil der Haushalte anzuheben. Darüber hinaus erfahren die aus der Mietpreisbindung auslaufenden Wohnhäuser beziehungsweise Wohneinheiten der SAGA im Anschluss daran exorbitante Mietpreisstigerungen. Das Ergebnis ist, dass die prozentualen Mietpreisstigerungen seit dem Jahre 2000 gleich im ersten Jahr nach Bindungsauslauf überwiegend zweistellige Werte erreicht haben, 2011 zum Beispiel 11,8 Prozent, 2006 sogar 19,4 Prozent, 2015 immer

noch 4,5 Prozent (Drs. 21/780, Seite 25). [Zum Antrag](#)

---

23. April 2018

**[Reform der Lehrer-/-innenbildung in Hamburg: Perspektiven für eine demokratische, soziale und inklusive Ausbildung](#)**

Mit der Stadtteilschule wurde die frühere Vielgliedrigkeit aus Haupt- und Realschulen, Gesamtschulen und Aufbaugymnasien abgelöst und eine neue Schulstruktur in Hamburg etabliert, sodass es seit 2010 regelhaft keine kombinierten Grund-, Haupt- und Realschulen mehr gibt. An diese veränderte Schulstruktur sind jedoch die Lehramtsstudiengänge seither nicht angepasst worden. Lehrer-/-innenbildung umfasst in diesem Sinne nicht nur das Studium, sondern auch den Vorbereitungsdienst, die Berufseinstiegsphase sowie die gesamte weitere Fortbildung während des Berufslebens. Mit der Drs. 21/11562 vom Januar 2018 legte der Senat einen Entwurf für eine Fortschreibung der Reform der Lehrer-/-innenbildung vor, welcher ein gemeinsames Lehramtsstudium für die Sekundarstufe I und II vorsieht. [Zum Antrag](#)

---

11. April 2018

**[Interfraktioneller Antrag \(mit SPD, CDU, Grüne\): Energiewende voranbringen – Wirtschaftliche Nachteile für innovative Firmen vermeiden: Die Experimentierklausel der SINTEG-Verordnung muss erweitert werden](#)**

Mit dem Programm „Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende“ (SINTEG) fördert das Bundeswirtschaftsministerium mit 200 Millionen Euro in fünf Modellregionen der Republik neue Ansätze für einen sicheren Netzbetrieb bei hohen Anteilen fluktuierender Stromerzeugung aus Wind- und Sonnenenergie. Zusammen mit den Beiträgen von über 300 privaten und öffentlichen Unternehmen werden insgesamt 500 Millionen Euro investiert. [Zum Antrag](#)

11. April 2018

**[Den Tierschutz in Hamburg nach vorne bringen – Mit gutem Beispiel vorangehen! Ergänzung der Dom-Verordnung](#)**

Die Präsentation von Tieren zum Vergnügen von Menschen entspricht im Regelfall nicht der natürlichen Lebensweise der so präsentierten Tiere, seien sie domestiziert oder nicht. Umso erstaunlicher ist es, dass trotz völlig unzureichender Kontrollinstrumente der verantwortlichen Behörden, einer Personaldecke in den Bezirksämtern, die nicht dazu taugt die Einhaltung des Tierschutzgesetzes (TierSchG) vollumfänglich, über Stichproben hinaus, prüfen zu können, nach wie vor die Darbietung von Tieren in Hamburg zulässig ist oder zumindest von das Tierschutzgesetz unterstützenden Auflagen begleitet ist. [Zum Antrag](#)

---

28. März 2018

### [Förderung des Radverkehrs nicht zulasten des Fußverkehrs](#)

Radverkehr gehört auf die Straße. Ausreichend breite, viel Sicherheit bietende Radfahrstreifen auf den Fahrbahnen können auch in Hamburg dafür sorgen, dass mehr Menschen gerne Fahrrad fahren. Aus einer Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Drs. 21/11371) geht jedoch hervor, dass der Senat auch weiterhin bei Sanierungen und Umbauten von Straßen auf sogenannte Bordsteinradwege setzt. Zig Kilometer dieser Radwege werden mit öffentlichen Geldern gebaut. Damit sind weiterhin Konflikte zwischen Fußgängern/-innen und Radfahrern/-innen vorprogrammiert, insbesondere dort, wo nur wenig Platz ist. [Zum Antrag](#)

---

28. März 2018

### [HSH Nordbank Hier: Einsicht in Unterlagen](#)

Die HSH Nordbank wird auf Druck der EU-Kommission verkauft und damit privatisiert. Der am 28.02.2018 geschlossene Kaufvertrag ist noch schwebend unwirksam. Die abschließende Wirksamkeit ist abhängig von der Zustimmung diverser Institutionen wie der EZB, BaFin, Europäischen Kommission und natürlich auch den beiden Länderparlamenten Hamburg und Schleswig-Holstein. [Zum Antrag](#)

---

27. März 2018

### [Dritte Option“: BVerfG-Urteil in Hamburg schnell umsetzen und die freie Wahl ins Personenstandsrecht einführen](#)

Intergeschlechtlichen Menschen, die sich dauerhaft weder der weiblichen noch der männlichen Identität zugehörig fühlen, wird es künftig möglich sein eine dritte Identitätsbeschreibung „positiv“ eintragen zu lassen. Denn der erste Senat des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) hat am 10. Oktober 2017 mit Verweis auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht und das Diskriminierungsverbot bekannt gegeben, dass bisherige Regelungen des Personenstandsrechts nicht mit den Anforderungen des Grundgesetzes vereinbar sind, soweit sie intergeschlechtlichen Menschen neben den binären Eintragungsmöglichkeiten „männlich“ und „weiblich“ keine andere positive Option zulassen. Der Weg für die sogenannte dritte Option ist jetzt frei. [Zum Antrag](#)

---

22. März 2018

### [Bewertung einer Ersatzlösung für das HKW Wedel ohne Elbtrasse](#)

Die Gesellschafterversammlung der Fernwärme Hamburg GmbH (VWH) hat am 15.

Dezember 2018 beschlossen, zum einen 6,8 Millionen Euro an Planungsmitteln bereitzustellen, um die Vorbereitungen für eine Fernwärmetrasse mit Elbquerung fortzusetzen, und zum anderen einen Wedel-Ersatz mit Anlagen nur nördlich der Elbe nicht weiter zu verfolgen. Diese von der BUE als Alternative zur Südvariante ausgewählte Nordvariante war gänzlich unattraktiv, schon allein deswegen, weil für Gasvarianten am Standort Haferweg der Platz fehlt und weil am Standort Wedel geplante neue Anlagen kaum parallel zum laufenden Betrieb des Kohle-HKW Wedel errichtet werden können. [Zum Antrag](#) 14. Februar 2018

### **Transparenz herstellen: Die Bewerbung Hamburgs für die Fußball-EM 2024 offen gestalten!**

Der Senat hat sich im letzten Jahr beim Deutschen Fußball-Bund e.V. (DFB) mit dem Volksparkstadion als ein Austragungsort für die Fußball-EM 2024 beworben. Im Rahmen der Bewerbung ist der Senat bereits erhebliche Verpflichtungen und Garantien gegenüber der UEFA eingegangen. Schriftliche Kleine Anfragen der Fraktion DIE LINKE (Drs. 21/10422, 21/10525, 21/11597) haben gezeigt, dass angesichts noch nicht erklärter Vertragsinhalte der Senat Blankochecks ausgestellt hat. Gerade mit den sogenannten Host-City-Verträgen werden in vielen Fällen Kosten und finanzielle Risiken auf die Austragungsstädte übertragen, während mögliche Gewinne den Sponsoren/-innen und der UEFA zugutekommen... [Zum Antrag](#)

---

31. Januar 2018

### **Gebührenordnung für öffentlich veranlasste Unterbringungen gerecht und sozial gestalten**

Kurz vor Weihnachten 2017 erhielten die Bewohner/-innen von Erstaufnahmeeinrichtungen und Wohnunterkünften ein Flugblatt, in dem sie darüber benachrichtigt wurden, dass ab 2018 pro Person eine monatliche Gebühr von 587 Euro für Wohnunterkünfte und 495 Euro für Erstaufnahmeeinrichtungen anfällt. Bei Sozialleistungsbeziehern/-innen werden die Gebühren zwar als Kosten der Unterkunft übernommen. Über die Feiertage und zwischen den Jahren löste die Änderung jedoch Unruhe und Verunsicherung aus, da nicht geklärt werden konnte, wer in welchem Umfang betroffen ist. [Zum Antrag](#)

---

31. Januar 2018

### **Prävention beim Umgang mit religiös-politischer Radikalisierung an Schulen konsequenter ausbauen**

Schulen sind ein Bildungsort, wo die soziale und kulturelle Heterogenität der Schüler-/ -innenschaft eine große Bereicherung an vielfältigen Erfahrungen und Perspektiverweiterung darstellt. Dabei darf aber auf keinen Fall das Potenzial von Konflikten übersehen beziehungsweise nicht ausreichend ernst genommen werden, das in religiösen, traditions- oder politikbezogenen

Zusammenhängen wurzeln kann. In der angemessenen Reaktion darauf ist die Kompetenz des offenen und qualifizierten Umgangs mit diesen Erscheinungsformen seitens der Lehrkräfte entscheidend. [Zum Antrag](#)

---

31. Januar 2018

### [Realisierung einer würdigen Dokumentations- und Gedenkstätte im Stadthaus](#)

In seiner Stellungnahme „zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 21. November 2007 „Gesamtkonzept für Orte des Gedenkens an die Zeit des Nationalsozialismus 1933– 1945 in Hamburg“ und Sachstandsbericht über die Aktivitäten zur Gestaltung des Lohseplatzes – Drucksache 18/6962 –“ vom 10.11.2009 betont der Senat: „Von großer Bedeutung für die Gedenkstätten-topografie in Hamburg wird auch die weitere Entwicklung des Gebäudeensembles an der Stadthausbrücke sein, dessen Verkauf bevorsteht. Da es sich bei dem Gebäudekomplex um einen Bau von hohem Denkmalwert und großer zeitgeschichtlicher Bedeutung handelt, wünscht der Senat, dass über die Berücksichtigung der denkmalpflegerischen Belange hinaus das zukünftige Nutzungskonzept „Räumlichkeiten für ein würdiges Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewalt. [Zum Antrag](#)

---

30. Januar 2018

### [Nicht auf Kosten der Menschen in benachteiligten Quartieren sparen: Tagwerk-Projekte erhalten](#)

Bei Trägern des niedrighschwelligen Programmes Tagwerk bestehen zurzeit große Unsicherheiten über dessen weitere Perspektive. Sie befürchten gar eine Abwicklung der Maßnahme, da sie trotz eines Auslaufens der Finanzierung im März 2018 noch keine verbindliche Zusage und positive Entscheidung über die Fortsetzung haben. Es ist aber jetzt an der Zeit, die für die Fortsetzung der Projekte notwendigen Vorkehrungen zu treffen. [Zum Antrag](#) 17. Januar 2018

### [Nicht auf Kosten der Menschen in benachteiligten Quartiere sparen: Tagwerk-Projekte erhalten](#)

Bei Trägern des niedrighschwelligen Programmes Tagwerk bestehen zurzeit große Unsicherheiten über dessen weitere Perspektive. Sie befürchten gar eine Abwicklung der Maßnahme, da sie trotz eines Auslaufens der Finanzierung im März 2018 noch keine verbindliche Zusage und positive Entscheidung über die Fortsetzung haben. Es ist aber jetzt an der Zeit, die für die Fortsetzung der Projekte notwendigen Vorkehrungen zu treffen. [Zum Antrag](#)

---

17. Januar 2018

### [Cum-Ex-Geschäfte – Die Vorwürfe gegen die Finanzbehörde im Fall von M. M.](#)

## Warburg müssen gründlich und zügig aufgeklärt werden

Die Geschäfte mit den Bezeichnungen Cum-Ex und Cum-Cum sind der größte Steuer-Skandal in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Es wird damit gerechnet, dass sich Banken und Finanzinstitutionen deutlich mehr als 5 Milliarden Euro Steuererstattungen auszahlen ließen, die ihnen nicht zustanden. Manche Branchenexperten sprechen von bis zu 10 Milliarden Euro. Das Hamburger Bankhaus M. M. Warburg steht seit Monaten im Fokus der Anschuldigungen. Nach Presseberichten geht es um Schäden über 280 Millionen Euro... [Zum Antrag](#)

03. Januar 2018

## Pilotprojekt "Resozialisierung durch Internetzugang für Inhaftierte"

Während Gefangenen in Haft sind, schreitet außerhalb der Gefängnismauern die Digitalisierung des Lebens voran: Viele Aufgaben des täglichen Lebens erfordern mittlerweile Internetkompetenzen, viele Aspekte der gesellschaftlichen Teilhabe sind hiermit verknüpft. Aus diesem Grund ist es wichtig, auch die Menschen in Haft nicht von einem Internetzugang auszuschließen. Gerade bei längeren Haftstrafen bedeutet ein solcher Ausschluss eine unverhältnismäßige Ausgrenzung von gesellschaftlichen Entwicklungen, die bei der Rückkehr in Freiheit eine unnötige Benachteiligung nach sich ziehen kann. Die Fraktion DIE LINKE fordert den Senat daher dazu auf, ein Konzept für ein Pilotprojekt "Resozialisierung durch Internetzugang für Inhaftierte" bis zum 30. September 2018 vorzulegen. [Zum Antrag](#)

---

06. Dezember 2017

## Der Landtag und die Bürgerschaft bestärken bei der S4 die Notwendigkeit der finanziellen Beteiligung des Bundes

Das Verkehrs- und Fahrgastaufkommen im Nah- und Fernverkehr auf der Schiene wächst in der Metropolregion kontinuierlich. Zur Verbesserung der stark belasteten Schienentrassen setzen sich Schleswig-Holstein und Hamburg daher für eine Optimierung der Verbindungen zwischen den beiden Ländern ein. [Zum Antrag](#)

---

06. Dezember 2017

## Abschaffung des Paragraphen 219a!

Vor dem Amtsgericht Gießen wurde am 24.11.17 gegen eine Allgemeinmedizinerin verhandelt, die auf ihrer Praxishomepage anbietet, Informationen zu medizinischen Leistungen per Mail zu versenden, unter anderem zum Schwangerschaftsabbruch. In dieser sachlichen Information sieht die Gießener Staatsanwaltschaft einen Verstoß gegen das Werbeverbot für

Schwangerschaftsabbrüche nach § 219a des Strafgesetzbuches. [Zum Antrag](#)

---

06. Dezember 2017

**[Nach fast einem Jahrzehnt die Einkommensgrenzen für §-5-Scheine anpassen – Zahl der Berechtigten für geförderten Mietwohnungsraum nicht künstlich klein halten!](#)**

Wer in Hamburg eine öffentlich geförderte Wohnung bekommen möchte, braucht einen Berechtigungsnachweis, den sogenannten §-5-Schein. Diesen „Schein“ gibt es, wenn bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten werden. Geringfügige Lohnerhöhungen reichen oft schon aus, um diese Grenzen zu überschreiten. Da die Mieten auf dem freien Wohnungsmarkt jedoch wesentlich stärker als die Einkommen steigen, bleiben Menschen mit wenig Einkommen auf geförderte Wohnungen mit geringeren Mieten angewiesen. Deshalb müssen die Einkommensgrenzen regelmäßig angepasst werden... [Zum Antrag.](#)

---

06. Dezember 2017

**[Zerfall der Kaimauern im Hamburger Hafen – Sanierung in der Speicherstadt](#)**

Seit mehreren Monaten wird in der Öffentlichkeit der Zerfall der Hamburger Kaimauern, vor allem in der Speicherstadt, diskutiert. Diese Schäden lassen sich mit bloßem Auge feststellen, zum Beispiel in der Kaimauer des HHLA-Gebäudes. Dabei zeigen sich hier lediglich die Probleme an der Oberfläche. Die wesentlichen Schäden finden sich vielmehr hinter der Kaimauer, im Gemäuer und in den Brandmauern der Gebäude und sind offenbar auch in anderen Bereichen des Hamburger Hafens zu befürchten. [Zum Antrag](#)

---

22. November 2017

**[Das muss drin sein: Maßnahmen zur Luftreinhaltung im Hafen](#)**

Zum Thema Luftreinhaltung ist Hamburg reich an Papier. Zumeist in Form von Aktions- oder Masterplänen haben die diversen Senate sich immer wieder neue Ziele gesetzt. Angefangen mit dem Luftreinhalteplan in 2004, dem folgenden Klimaschutzkonzept aus 2007, dessen Fortschreibung 2011 und dem darauf folgenden Masterplan Klima in 2013 (Drs. 20/8493). Pünktlich zur Weltklimakonferenz in Paris dann der neue Klimaplan für Hamburg im Dezember 2015 (Drs. 21/2571). [Zum Antrag](#)

---

22. November 2017

## [Den arbeitsfreien Sonntag schützen – Auch an Heiligabend](#)

Im Jahr 2017 tritt der seltene Fall ein, dass der Heiligabend auf einen Sonntag fällt. Für diesen Fall lässt das geltende Hamburgische Gesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten eine Öffnung des Lebensmitteleinzelhandels bis 14 Uhr zu. [Zum Antrag](#)

20. November 2017

## [Vision Zero für Leiharbeit angehen](#)

Leiharbeit verunmöglicht Menschen eine verlässliche Lebensplanung und ist der moderne Nachfolger der Tagelöhnerie. Am Ende jedes Einsatzes müssen Leiharbeitnehmer/-innen um ihre Weiterbeschäftigung bangen, da das Nichtfinden eines neuen Entleihbetriebs von den Verleihfirmen regelmäßig als Anlass für betriebsbedingte Kündigungen genutzt wird. Bei vielen kurzfristigen Entleihungen ist nicht einmal eine verlässliche Urlaubsplanung möglich, da die Urlaubstage effektiv zur Abpufferung von Zeiträumen ohne Aufträge genutzt werden. [Zum Antrag](#)

---

20. November 2017

## [S-Bahn-Netz auch langfristig in hoher Qualität betreiben](#)

In den nächsten Jahren sollen mit der S4 (Inbetriebnahme ab 2024) und der S32 (frühestens ab 2019) zwei weitere Linien im Zehn-Minuten-Takt den Hamburger Hauptbahnhof benutzen. Zusätzlich wird die Strecke nach Harburg derzeit für eine Zugfolge von zwei Minuten ausgebaut. Eine perspektivische Taktverdichtung der S4 auf einen Fünf-Minuten-Takt in der Hauptverkehrszeit ist mit der derzeitigen Infrastruktur quasi ausgeschlossen. [Zum Antrag](#)

---

08. November 2017

## [Chancengleichheit durch mehr Durchlässigkeit im allgemeinen Schulsystem herstellen](#)

Eines der wichtigsten Ziele des Bildungswesens besteht in der Gewährleistung der bestmöglichen schulischen Abschlüsse für alle Schüler/-innen durch die konsequente Verwirklichung der Chancengleichheit und des Nachteilsausgleiches für die Gesamtheit der Lernenden an unseren Schulen, auf die das Hamburgische Schulgesetz (HmbSG) in § 3 ausdrücklich verpflichtet. [Zum Antrag](#)

---

08. November 2017

## [Den Worten Taten folgen lassen – Jetzt Schritte zu 13 Euro Landesmindestlohn machen!](#)

Der Erste Bürgermeister Olaf Scholz hat sich am 27. Oktober 2017 in seiner Funktion als stellvertretender Parteivorsitzender der SPD in einem [Papier zur Erneuerung der SPD](#) für eine deutliche Steigerung des Mindestlohns ausgesprochen. Konkret forderte er kürzlich in einem Interview mit „DEM SPIEGEL“: „Wir sollten den Mindestlohn so anheben, dass ein fleißiger Mann und eine fleißige Frau, die Vollzeit arbeiten im Alter nicht auf öffentliche Hilfe angewiesen sind. Ich bin daher der Auffassung, dass wir den Mindestlohn ... auf zwölf Euro pro Stunde anheben sollten.“ [Zum Antrag](#)

*27. September 2017*

## [Alle Winter wieder: Winternotprogramm 2017/2018 ganztägig und für alle öffnen](#)

Die Stadt Hamburg und andere Institutionen stellen im Rahmen des Winternotprogramms 2017/2018 vom 1. November bis 31. März des Folgejahres rund 850 zusätzliche Notschlafplätze zur Verfügung. Daneben gibt es weitere Schlafplätze in Containern der Kirchengemeinden. Das Winternotprogramm sieht für die kalte Jahreszeit lediglich einen nächtlichen Erfrierungsschutz vor, bei welchem die Obdachlosen tagsüber – selbst bei deutlichen Minustemperaturen – die Unterkünfte zwischen 9 Uhr und 17 Uhr verlassen müssen. [Zum Antrag](#)

*13. September 2017*

## [Das Hamburger Schulschwimmkonzept endlich bedarfsgerecht überarbeiten](#)

Kindern die Grundlagen des sicheren Schwimmens beizubringen stellt eine der wichtigsten, weil potenziell lebensrettenden, Aufgaben in schulsportlicher Hinsicht dar. Dies gilt insbesondere für unsere Stadt, die im gesamten inneren wie äußeren Metropolbereich von vielen großen und mittleren Gewässern durchsetzt ist. Ferner ist sicheres Schwimmen Grundvoraussetzung, um überhaupt mit Wassersport (Rudern, Kanu, Segeln, Surfen, Paddling unter anderem) beginnen zu können – ein sportlicher Schwerpunkt in unserer Stadt. [Zum Antrag](#)

*31. August 2017*

## [Sofortmaßnahmen am Krankenbett – Gute Arbeitsbedingungen und mehr Patientensicherheit in Hamburger Krankenhäusern](#)

Es herrscht ein gravierender Pflegenotstand im Krankenhaus. Eine Pflegekraft muss zu viele Patienten/-innen allein versorgen. Das gefährdet die Gesundheit der Patienten/-innen, weil der Anteil an vermeidbaren Komplikationen und kritischen Situationen steigt. Hierüber besteht große Einigkeit bei fast allen Akteuren/-innen im Gesundheitswesen. [Zum Antrag](#)

30. August 2017

### [Lärm- und Abgasschutz nicht nur für besser-Betuchte – Tempo 30 und Durchfahrtsbeschränkungen gebührenfrei prüfen](#)

Nach Angaben des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs e.V. (ADFC) haben rund 340 Bürger/-innen mithilfe eines Internet-Tools Anträge auf verkehrsbeschränkende Maßnahmen in ihren Wohnstraßen gestellt. Begründet sind diese Anträge mit dem Schutz der Gesundheit der Anwohner/-innen. [Zum Antrag](#)

30. August 2017

### [Afghanistan ist nicht sicher – Sofortiger humanitärer Abschiebestopp nach Afghanistan](#)

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist katastrophal. Seit Wochen und Monaten erschüttern schwere Anschläge das Land, bei denen zahlreiche Zivilisten/-innen ums Leben kamen. Weil die Bundesregierung weitere Abschiebungen nach Afghanistan angekündigt hat, wäre es falsch, auf die Bundestagswahl zu warten. Der Hamburger Senat muss seiner Verantwortung jetzt nachkommen. [Zum Antrag](#)

30. August 2017

### [Armut von Kindern, Jugendlichen und Jungerwachsenen bekämpfen](#)

Gemäß Koalitionsvertrag von SPD und GRÜNEN soll Hamburg die „kinderfreundlichs- te Stadt in Deutschland werden.“ Auch die Offene Kinder- und Jugendarbeit wollen SPD und GRÜNE vor allem vor dem Hintergrund der flächendeckenden Einführung des schulischen Ganztags „stärken“. Allerdings ist in Hamburg laut Große Anfrage Drs. 21/8699 gemäß Bundesmedian jedes fünfte Kind unter 18 Jahren armutsgefähr- det. Bei den 18 – 25-jährigen Jungerwachsenen sind es in Hamburg sogar 27,85 Pro- zent. Der Senat gibt für 2016 an, dass fast 77.000 Kinder und Jugendliche Ansprüche auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BUT-Paket) haben. Damit stagnieren die

Zahlen auf hohem Niveau. [Zum Antrag](#)

11. Juli 2017

### **Medienbunker Feldstraße: Ein wirklich gutes Geschäft – für den Investor**

Der Bunker an der Feldstraße beeindruckt durch seine Größe. Wer vor ihm steht, kommt sich klein vor. Wer den Blick schweifen lässt, dem/der wird noch deutlicher, was für eine riesige, fast schon erschlagende Baumasse der Bunker im Vergleich zu den gegenüberliegenden Wohn- und Geschäftshäusern an der Feldstraße hat. Der Bunker gehört der Stadt und wurde 1993 gegen die Zahlung von 6 Millionen DM für 60 Jahre an die Matzen Immobilien GmbH & Co. KG im Wege des Erbbaurechts vergeben. Unternehmen aus der Medien- und Musikbranche, unter anderem der berühmte Musikclub Uebel & Gefährlich, residieren dort. Nach den nun vorliegenden Planungen soll der Bunker um 50 Prozent höher werden, aus dem 40 Meter hohen Bunker wird ein 60 Meter hoher Koloss. [Zum Antrag](#)

11. Juli 2017

### **Soziale Schuldnerberatung stärken**

Der Antrag der GRÜNEN und SPD-Fraktion (Drs. 21/9646) verdeutlicht das Problem der Ver- und Überschuldung und den damit einhergehenden unverändert hohen Beratungsbedarf von Betroffenen. Die Arbeit der Schuldner- und Insolvenzberatung stellt hierbei ein wichtiges Instrument dar, um die Situation betroffener Hamburgerinnen und Hamburger zu verbessern und den Betroffenen neue Perspektiven aufzuzeigen. Darüber hinaus berücksichtigt der Antrag die Heterogenität und Komplexität der Lebenssituation und Problemlagen der Menschen, die die Beratungsangebote in Anspruch nehmen. Insbesondere Menschen in armutsgeprägten Lebenslagen haben ein hohes Risiko einer Ver- und Überschuldung. [Zum Antrag](#)

10. Juli 2017

### **Blutspenderegungen und Blutspendepraxis diskriminierungsfrei gestalten**

Der Antrag der FDP-Fraktion (Drs. 21/9637) macht auf das wichtige Problem aufmerksam, dass durch die „Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten“ der Bundesärztekammer

ein diskriminierender Dauerausschlusses von Männern, die Sex mit Männern haben (MSM), festgeschrieben wird. Der Ausschluss bezieht sich nicht auf das individuelle Risikoverhalten und damit das individuelle Risiko, sondern auf die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe (der homo- und bisexuellen Männer) und somit ist ein erhebliches Diskriminierungspotenzial gegeben. [Zum Antrag](#)

28. Juni 2017

### [Hamburgische Bürgerschaft unterstützt Bewerbung um den EuroPride 2020](#)

Bürgerschaft und Senat setzen sich seit vielen Jahren engagiert für die Rechte und die Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuellen (LSBTI) ein. Dazu gehörte unter anderem das 1999 von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz über die Eintragung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften (Drs. 16/2297), die sogenannte Hamburger Ehe. [Zum Antrag](#)

29. März 2017

### [Die Hamburger Museen für die Zukunft öffnen](#)

Die Hamburger Museen gehören im Bundesdurchschnitt schon zu den eher teuren Häusern – und nun werden die Preise noch einmal erhöht, wie eine Schriftliche Kleine Anfrage der Fraktion ergeben hat. Dabei hätte Hamburg durch die Einrichtung eines freien Eintritts für die Sammlungen die Chance, seine Museen für viel mehr Menschen zu öffnen und zu attraktiven Kommunikations- und Bildungsorten, zu sozialen Treffpunkten für alle zu machen! [Zum Antrag](#)

15. März 2017

### [HSH Nordbank: Akteneinsicht im Datenraum der Bank für die Bürger-schaftsfraktionen](#)

Auf Druck der EU-Kommission im Zusammenhang mit der Genehmigung des 2. EU-Beihilfeverfahrens muss die HSH Nordbank spätestens Anfang 2018 privatisiert werden. Gelingt dieses nicht, muss die Bank ihr Neugeschäft einstellen und wird wohl abgewickelt werden müssen. Doch damit sich die Abgeordneten ein eigenes vollständiges Bild machen können, bleibt nur die Möglichkeit, dass sie selbst, natürlich ebenfalls vertraulich, Einsicht in die Unterlagen

nehmen können. [Zum Antrag](#)

15. März 2017

### [Landtag und Bürgerschaft bekennen sich zur S4 und fordern Unterstützung des Bundes](#)

Hamburg und Schleswig-Holstein planen den Bau der S4, einer neuen S-Bahn-Strecke zwischen Bad Oldesloe und Altona-Nord. In einem gemeinschaftlichen Antrag mit der CDU, den SPD und den Grünen fordern wir den Senat dazu auf, gegenüber dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur die – auch von dem Schleswig-Holsteinischen Landtag geteilte – Erwartung der Bürgerschaft aufzugreifen und in diesem Sinne gegenüber dem Bund tätig zu werden. [Zum Antrag](#)

14. März 2017

### [Fristverlängerung für die Einreichung von Stellungnahmen zum Expertenkommissionsbericht zur Lehrer\\_innenbildungsreform](#)

Mit einer Pressemitteilung im Januar informierten Senatorin Katharina Fegebank und Senator Ties Rabe die Öffentlichkeit über die Möglichkeit, den Bericht Empfehlungen der Expertenkommission zur Fortschreibung der Reform der Lehrerbildung in Hamburg online herunterzuladen. Die zuständigen Behörden, Verbände und Interessenvertretungen sind nun eingeladen, Stellungnahmen einzureichen – doch die interessierte Fachöffentlichkeit wurde viel zu spät über den zeitlichen Rahmen informiert, bereits am 30. April soll die Frist enden! DIE LINKE setzt sich für eine Fristverlängerung ein, um einen tatsächlichen Diskussionsprozess in der Stadt zu ermöglichen. [Zum Antrag](#)

27. Februar 2017

### [Gewalt gegen Frauen im öffentlichen Raum und auf Großveranstaltungen wirksam bekämpfen](#)

Der Senat hat ein Konzept zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Menschenhandel, Gewalt in der Pflege (Drs. 20/10994) erarbeitet und im Februar 2014 vorgelegt. Nach drei Jahren besteht jedoch der Bedarf, das Konzept weiterzuentwickeln. DIE LINKE fordert den Senat daher dazu auf, den „Landesaktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen“ in Zusammenarbeit

mit den relevanten Akteurinnen und Akteuren im Opferschutzbereich am Bedarf orientiert weiterzuschreiben. [Zum Antrag](#)

27. Februar 2017

### **Integration in Regelklassen für alle jungen Geflüchteten ermöglichen**

Junge Menschen sind ein Teil unserer Stadtgesellschaft und haben wie alle anderen Schüler\_innen auch ein Recht auf umfassende Bildung. Die Fraktion DIE LINKE favorisiert einen integrativen Ansatz in der Beschulung geflüchteter Kinder und Jugendlicher. DIE LINKE setzt sich daher für eine gleichmäßige und ausgewogene Verteilung der jungen geflüchteten Schüler\_innen über alle Schulen und Schulformen hinweg ein. [Zum Antrag](#)

15. Februar 2017

### **Sonderprüfung der Asklepios Kliniken durch die Gesundheitsbehörde: Transparenzoffensive und Ergebnisse zeitnah mitteilen**

Nach der Berichterstattung des Magazins „Der Spiegel“ im Dezember 2016 über Missstände in den Asklepios-Kliniken, wie Personalmangel, Überlastung, Gefährdungsanzeigen und Mängeln bei der Patientensicherheit hat Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks eine Sonderprüfung des Arbeitsschutzes in den Asklepios- Häusern veranlasst. Gegenstand der Prüfung soll eine Systemüberprüfung des Arbeitsschutzes sein. Missstände in der Asklepios Klinik St. Georg waren schon länger bekannt, vor allem durch einen Brandbrief der Ärzteschaft der Hämatologie, Onkologie und Stammzelltransplantation im Oktober 2016, in dem sie eine massive Überlastung der Beschäftigten mit der Folge der Gefährdung der Patienten/-innen beklagten... [Zum Antrag](#)

14. Februar 2017

### **Den Tierschutz in Hamburg nach vorne bringen – Hamburg braucht eine/n Tierschutzbeauftragte/n!**

Bei der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz besteht seit 2011 ein Tier- schutzbeirat, um die Behörde in Fragen des Tierschutzes zu beraten. Der Beirat hat nach seinem Tätigkeitsbericht in der letzten Legislaturperiode 13 Mal in nicht öffentli- cher Sitzung getagt. Der Tätigkeitsbericht der vierjährigen Arbeit hatte auf einer DIN- A4-Seite Platz. Um das Thema Tierschutz in Hamburg voranzubringen, bedarf es, als Impulsgeber für das Land, einer zentralen Anlaufstelle in allen Fragen des Tierschutzes in der

zuständigen Behörde. In der Bundesrepublik haben insbesondere die Länder Baden-Württemberg und Hessen mit der Einrichtung der Stelle eines/einer Tierschutzbeauftragten mit eigenen Kompetenzen gute Erfahrungen gemacht. Ein zentraler Ansprechpartner beziehungsweise eine Ansprechpartnerin, fachlich und politisch unabhängig aufgestellt, würde den Tierschutz und die Aktivitäten transparenter und deutlicher in die Diskussion in Hamburg einbringen und vertreten können als dies mit den bestehenden Strukturen der Fall ist. [Zum Antrag](#)

14. Februar 2017

### Bleiberecht für Opfer rechter und rassistischer Gewalttaten

Straftaten mit rechtem oder rechtsextremem Hintergrund stiegen in Hamburg insbesondere im letzten Quartal 2015 (172 Straftaten) extrem an und bewegen sich seitdem auf hohem Niveau (zwischen 68 und 86 Straftaten im Quartal). Seit September 2015 sind in Hamburg 26 rassistisch und/oder rechts motivierte Körperverletzungen begangen worden, mehr als die Hälfte davon gelten als Gewalttaten, die Dunkelziffer ist vermutlich hoch. Ein Großteil der Opfer rechter Straftaten sind Migrant\_innen, viele von ihnen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus. Zu der allgemein schwierigen Lebenssituation, die aus den fehlenden sozialen Bindungen und Kontakten sowie aus der ungewissen Zukunftsperspektive resultieren, treten die physischen und psychischen Folgen einer Gewalttat, einer Bedrohung oder Nötigung. Vor diesem Hintergrund ist die Gewährung eines sicheren Aufenthaltstitels für Opfer rechter und rassistischer Gewalttaten erforderlich. [Zum Antrag](#)

14. Februar 2017

### **Erweiterte Mobilitätskarte für auswärtig untergebrachte Asylsuchende muss her!**

Seit dem 1. Februar 2016 erhalten Hamburg zugeteilte Geflüchtete, die ihr Asylverfahren betreiben, eine sogenannte Mobilitätskarte, die es ihnen ermöglicht, sich im Großbereich des HVV zu bewegen. Die Kosten werden ihnen automatisch von den 143 Euro (für einen alleinstehenden Erwachsenen, für andere entsprechend weniger) „Leistungen zur Deckung persönlicher Bedürfnisse“ abgezogen. Dazu der Senat in Drs. 21/3393: „Seit 1. Februar 2016 wird allen Personen, die neu eingereist und zur Durchführung des Asylverfahrens nach Hamburg verteilt worden sind, die HVV-Mobilitätskarte ausgehändigt.“ Entgegen dieser Ankündigung erhalten Geflüchtete im Asylverfahren, die Hamburg auswärtig unterbringt (in den Außenstellen Nosdorf/Horst und Bad Segeberg), keine Mobilitätskarte... [Zum Antrag](#)

01. Februar 2017

### [Feinstaubmessung an der Grenze zu Wedel](#)

Im Zuge der Ertüchtigung des HKW Wedel und bereits im Vorfeld kam es zu Partikel- niederschlägen, zu deren Gefährlichkeit, Häufigkeit, Abdeckung und Inhaltsstoffen es unterschiedliche gutachterliche Aussagen gibt. Insbesondere die Position des zuständigen schleswig-holsteinischen Ministeriums (MELUR) bei der Bewertung einer möglicherweise vorhandenen Feinstaubbelastung führt zu Irritationen. Grundlegende Aussage ist dabei, dass kein Feinstaub in den wenigen durch Anwohnerinnen und Anwohner gesammelten Proben vorhanden war. Dies hat für das Ministerium die Konsequenz, auch nicht nach möglichen Feinstaubbelastungen zu suchen. [Zum Antrag](#)

01. Februar 2017

### [Einrichtung eines Gebärdensprachdolmetscher-/-innenpools für Senatsauftritte und Bürgerschaftstermine](#)

Nach Kenntnis des Versorgungsamtes in Hamburg leben 10.528 Personen mit Hörbeeinträchtigungen in Hamburg (Stand August 2012). Gehörlose Menschen und Menschen mit Hörbeeinträchtigungen haben wie alle Menschen ein Grundrecht auf Partizipation, politische Willensbildung und selbstbestimmte Freizeitgestaltung in ihrem Leben. Dies gelingt nur, wenn sie durch Kommunikationsbarrieren nicht daran gehindert werden. [Zum Antrag](#)

30. Januar 2017

### [Landesprogramm für die kostenlose tägliche Versorgung aller Grund- schüler/- innen mit gesundem Obst, Gemüse und Milch samt pädagogischem Konzept auflegen](#)

Die bisherigen Programme der EU für die Förderung gesunder Ernährung an Schulen durch die zusätzliche Versorgung mit Obst und Gemüse sowie mit Schulmilch werden ab dem Schuljahr 2017/2018 zusammengeführt. Jedoch scheint dieser Schritt stärker dem Anreiz für potenziell teilnahmewillige Länder durch die Vereinfachung von Verwaltungsabläufen und finanziell höhere Entlastungsangeboten, als der faktisch besseren Versorgung und dem gesundheitlichen Wohlergehen aller Schüler/-innen geschuldet zu sein. Denn es wird im Rahmen des EU-Programms lediglich eine begrenzte Anzahl von Grundschulen eines beitretenden Bundeslandes gefördert, was für teilnahmeinteressierte Schulen einen Mehraufwand zur Erstellung eines Bewerbungskonzepts bedeutet. Zudem ist die zusätzliche Unterstützung für diese Grundschulen dabei nicht zwingend täglich garantiert. [Zum Antrag](#)

18. Januar 2017

### **Transparenz und Schadensbegrenzung ermöglichen: Unabhängige Untersuchung des HSH-Nordbank-Schiffsportfolios jetzt!**

Die finanzielle Situation der HSH Nordbank und der PoMa (portfoliomanagement AöR) entwickelt sich dramatisch. Wurde im Jahre 2013 noch davon ausgegangen, dass die Länder-Garantie nicht in Anspruch genommen wird, spricht jetzt der Vorstandsvorsitzende der HSH von einer vollständigen Inanspruchnahme! Das bedeutet: Hamburg und Schleswig Holstein werden mit (mindestens) 10 Milliarden Euro belastet. [Zum Antrag](#)

18. Januar 2017

### **Öffentliche Infrastruktur ausweiten: WLAN breiter anbieten**

Hamburg als Innovationsstadt orientiert sich digital. Spätestens mit dem Koalitionsvertrag, verschiedenen Konzeptpapieren und Absichtserklärungen wie der E-Government- und IT-Strategie, der Einrichtung einer Leitstelle Digitale Stadt, einer Fortschreibung „Digital First“, dem nach langer Vorbereitung angelaufenen Versuch, ein öffentliches WLAN in der Hamburger Innenstadt anzubieten (MobyKlick und WLAN in HVV-Bussen) wird mit einem breiten Portfolio von Zielen an der Digitalisierung der großen Stadt gearbeitet beziehungsweise vornehmlich geplant. [Zum Antrag](#)

13. Januar 2017

### **Nur Tun bewegt: Altlastensanierung und Flächenrecycling verstärkt angehen**

Der lange Jahre in der Stadt vernachlässigte Bau von und mit dem anhaltenden Zuzug wachsende Bedarf an Wohnraum soll laut Senat vorwiegend im Zuge innerer Verdichtung und (Bau-)Lückenschließung erfolgen, aber auch an bisher nicht für Bebauung vorgesehen „neuen Orten“. Darüber hinaus will der Hamburger Senat weiterhin 100 Hektar Fläche für Industrie und Gewerbe vorhalten, deren Nutzung effizienter sein soll. [Zum Antrag](#)

04. Januar 2017

### **Den Tierschutz in Hamburg nach vorne bringen – Mit gutem Beispiel vorangehen!**

## Ergänzung der Dom-Verordnung

Die Präsentation von Tieren zum Vergnügen von Menschen entspricht im Regelfall nicht der natürlichen Lebensweise der so präsentierten Tiere, seien sie domestiziert oder nicht. Umso erstaunlicher ist es, dass trotz völlig unzureichender Kontrollinstrumente der verantwortlichen Behörden, einer Personaldecke in den Bezirksämtern, die nicht dazu taugt die Einhaltung des Tierschutzgesetzes (TierSchG) vollumfänglich, über Stichproben hinaus, prüfen zu können, nach wie vor die Darbietung von Tieren in Hamburg zulässig ist oder zumindest von, das Tierschutzgesetz unterstützenden, Auflagen begleitet ist. [Zum Antrag](#)

02. Dezember 2016

## Haushalt 2017/18: „Investitionen schaffen Chancen für alle!“

Investieren für ein sozialeres Hamburg: Das ist das Leitmotiv der [Linksfraktion Hamburg](#) in den laufenden Haushaltsverhandlungen der Hamburgischen Bürgerschaft. 22 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 427 Millionen Euro für 2017 und 467 Millionen Euro für 2018 sowie einen Generalantrag haben wir eingereicht. Eine Übersicht unserer verschiedenen Einzelpläne zum Haushaltsplanentwurf [finden Sie hier](#).

08. November 2016

## Unterbindung weiterer Partikelniederschläge durch das Kohleheizkraftwerk Wedel – Die Verantwortung für die Anwohner/-innen ernst(er) nehmen

Noch liefert das Kraftwerk Wedel für Hamburg Fernwärme. Sein Weiterbetrieb konterkariert den im Volksentscheid zum Netzerückkauf vom September 2013 beschlossenen umfangreichen Einstieg der Hamburger Wärmeversorgung in „erneuerbare Wärme“. Das Kraftwerk Wedel ist ferner nur deshalb noch nicht stillgelegt, damit die Hamburger Fernwärmeversorgung gesichert ist. Statt das Kraftwerk mit dem Besitzerwechsel auf Stand-by-Betrieb zu setzen, um es im Notfall zuzuschalten, wird der weitere Regelbetrieb bis mindestens 2021 angestrebt. [Zum Antrag](#)

28. September 2016

## Desolate Unterbringungsmöglichkeiten für Obdachlose endlich beenden! Das Winternotprogramm und die generelle Versorgung von Obdachlosen ausbauen!

Das „Hamburger Bündnis für eine neue soziale Wohnungspolitik“ geht von 10.500

akut von Wohnungslosigkeit betroffenen Personen aus, davon mindestens 2.000 Obdachlose. Die gesundheitliche Situation der obdachlosen Menschen hat sich enorm verschlechtert. DIE LINKE fordert daher u.a. die ganztägige Öffnung der Aufenthaltsstätten und einen Ausbau der medizinischen Versorgung für Obdachlose.

28. September 2016

### [Sport ist kein Lärm – Sportstätten bei Sanierungs- und Umbaumaßnahmen effektiv schützen und Nutzungseinschränkungen verhindern!](#)

Die zunehmende Verdichtung im städtischen Raum führt zu großen Herausforderungen für das Nebeneinander von Sport- und Wohnnutzungen. Konflikte zwischen Wohnen und Sport haben auch in Hamburg in den letzten Jahren merklich zugenommen. Zuletzt sorgten solche Konflikte dafür, dass der Sportbetrieb unter anderem bei den Vereinen TSC Wellingsbüttel, Club an der Alster, TSV Sasel oder FC Teutonia 05 massiv behindert wurde.

29. September 2016

### [Schulschwimmen in Hamburg endlich angemessen umsetzen](#)

Aktuelle Statistiken belegen, dass die Zahlen der Schwimmfähigkeit von Schüler\_innen seit 2011/2012 kaum angestiegen ist und sich die Erlangung der Wassergewöhnungsstufe „Seepferdchen“ im Vergleich zum Durchschnitt seit 2006/2007 sogar klar verschlechtert hat. So blieb 2014/2015 fast ein Fünftel der Kinder nach Verlassen der Grundschule Nichtschwimmer\_innen. Von einer Optimierung des obligatorischen Schwimmunterrichts kann daher ganz sicher keine Rede sein.

KLEINE ANFRAGEN

***Schriftliche Kleine Anfragen richten die Abgeordneten an den Senat. Dieser hat acht Tage Zeit für eine schriftliche Antwort, die anschließend als Drucksache veröffentlicht wird. Anfragen werden nicht auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt – dennoch sind sie ein wichtiges Instrument, um auf Missstände aufmerksam zu machen oder um an Informationen zu gelangen. Kleine Anfragen der Linksfraktion Hamburg finden Sie in der [Parlamentsdatenbank der Hamburgischen Bürgerschaft](#).***

GROSSE ANFRAGEN

**Zu wichtigen politischen Themen richten Abgeordnete Große Anfragen an den Senat. Binnen vier Wochen muss eine schriftliche Antwort vorliegen, die als Drucksache veröffentlicht wird. Beantwortete Große Anfragen werden auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt, dort können Sie beraten oder an Ausschüsse überwiesen werden.**

06. Juni 2018

### **[Zur Lage der Stadtteilschulen in Hamburg](#)**

Einzigster Unterschied im gesetzlichen Bildungsauftrag für beide weiterführenden Schulformen ist das Postulat der grundlegenden Bildung an Stadtteilschulen. Scheinbar wirkt dies aber nicht als vertrauensbildende Maßnahme in Form steigender Anmeldezahlen an den Stadtteilschulen. Im Gegenteil, der Trend zum Gymnasium hält ungebrochen an (entgegen den Prognosen im Schulentwicklungsplan von 2012). Dennoch gibt es viele Stadtteilschulen, die einen guten Ruf genießen und sich über Zuwächse nicht beklagen, ja freuen können. Vor diesem Hintergrund ist es geboten, das sehr heterogene Darstellungsbild der Stadtteilschulen in Hamburg im Überblick darzustellen. [Zur Großen Anfrage](#)

---

05. Juni 2018

### **[Tarifentwicklung im HVV](#)**

Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) will auch für das Jahr 2019 eine Fahrpreiserhöhung beantragen. Der HVV hat erklärt, dass die Anhebungsrate auf Basis des HVV-Tarifindex ermittelt werde. Der Index biete eine transparente Grundlage für die Tarifentwicklung. In die Berechnung sollen sowohl die Diesel-, Strom- und Personalkosten bei den Verkehrsunternehmen als auch die allgemeinen Lebenshaltungskosten einfließen. [Zur Großen Anfrage](#)

---

05. Juni 2018

### **[Hochschulfinanzierung auf wackeligem Fundament: Zum Verhältnis von Grundfinanzierung und temporären Mitteln an Hamburger Hochschulen](#)**

Das Hochschul- und Wissenschaftssystem durchläuft seit Jahren eine rasante Umgestaltung des Finanzierungssystems, in dessen Zuge wissenschaftliches Arbeiten in einem finanziell verlässlichen Rahmen dem Wettbewerb um die Finanzierung gewichen ist. Der Anteil frei verfügbarer Grundmittel geht immer weiter zurück und wird zunehmend durch projektbezogen eingeworbene Drittmittel und leistungsbezogen finanzierte Mittelanteile ersetzt. [Zur Großen Anfrage](#)

---

05. Juni 2018

### [Situation der vereinseigenen Sportanlagen und Sporthallen](#)

Mit dem Masterplan ActiveCity sollte Hamburgs Sportinfrastruktur aufgewertet werden. Davon ist leider für viele Vereine überhaupt nichts zu merken. Denn viele der in den Plan aufgenommenen Projekte sind teils schon seit zehn Jahren in der Diskussion und gehen offensichtlich an den Bedarfen und Herausforderungen der Hamburger Sportinfrastruktur vorbei. [Zur Großen Anfrage](#)

---

22. Mai 2018

### [Forschung nur für friedliche Zwecke!? Welche Hamburger Hochschulen und Forschungsinstitute verfügen bereits über eine Zivilklausel?](#)

Neben der derzeit laufenden Debatte um die Unterfinanzierung von Bildung und Hochschulen sind auch die Fragen des Inhalts und der Ausrichtung von Forschung und Wissenschaft für die Gesellschaftsentwicklung von großer Bedeutung. Seit längerem finanziert der Senat vornehmlich „exzellente“ Forschung im Bereich MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) und deklariert dies als Entwicklung der Wissenschaftsmetropole Hamburg. Weitere Fachbereiche und die Lehre bleiben dabei in weiten Teilen unterfinanziert. Aufgrund dieser Unterfinanzierung durch öffentliche Haushalte werben Wissenschaftseinrichtungen bundesweit externe Gelder ein, die häufig als willkommene Ergänzung des Budgets gelten. [Zur Großen Anfrage](#)02. Mai 2018

### [Verfahren gegen Polizeibedienstete im Rahmen des G20-Gipfels und der Gipfelproteste](#)

Im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel und den Gipfelprotesten wurden zahlreiche strafrechtliche Ermittlungsverfahren gegen Polizeibedienstete eingeleitet. Nach bisheriger Auskunft des Senats auf die Anfragen der Fraktion DIE LINKE, Drs. 21/10015, Drs. 21/11196 und Drs.21/11642, wurden mit Stand 01.03.2018 insgesamt 138 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibedienstete bei dem zuständigen Dezernat Interne Ermittlungen geführt. Die weit überwiegende Zahl – knapp 78 Prozent – betrifft den Vorwurf der Körperverletzung im Amt gemäß § 304 StGB. Im Verfahrensregister der Staatsanwaltschaft sind im Zusammenhang mit G20 mit Stand vom 01.03.2018 118 Verfahren registriert, von denen 33 – also mehr als 25 Prozent der bisher eingeleiteten Verfahren – bereits eingestellt sind. Strafbefehle oder Anklagen hat es hingegen bisher nicht gegeben. [Zur Anfrage](#)

---

24. April 2018

### [Nachfragen zum Schutzauftrag der Stadt für pflegebedürftige Menschen – Wohn-](#)

## Pflege-Aufsicht

In einer vorherigen Schriftlichen Kleinen Anfrage (21/12280) sind zum Teil aus Zeitgründen und zum Teil ohne Angabe von Gründen Fragen nicht oder nicht vollständig beantwortet worden. Zudem ergeben sich aus den Antworten weitere Fragen. [Zur Anfrage](#)

---

16. April 2018

## Tempo 30 vor sozialen Einrichtungen in Hamburg

Im Dezember 2016 ist die Erste Verordnung zur Änderung der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) vom 30. November 2016 (BGBl. I S. 2848) in Kraft getreten. Innerhalb geschlossener Ortschaften ist seither die Geschwindigkeit im unmittelbaren Bereich von an Straßen gelegenen Kindergärten, -tagesstätten, -krippen, -horten, allgemeinbildenden Schulen, Förderschulen für geistig oder körperlich behinderte Menschen, Alten- und Pflegeheimen oder Krankenhäusern in der Regel auf Tempo 30 km/h zu beschränken, soweit die Einrichtungen über einen direkten Zugang zur Straße verfügen oder im Nahbereich der Einrichtungen starker Ziel- und Quellverkehr mit all seinen kritischen Begleiterscheinungen (zum Beispiel Bring- und Abholverkehr mit vielfachem Ein- und Aussteigen, erhöhter Parkraumsuchverkehr, häufige Fahrbahnquerungen durch Fußgänger/-innen, Pulkbildung von Radfahrern/-innen und Fußgängern/-innen) vorhanden ist. [Zur Anfrage](#)

---

12. April 2018

## Umsetzung Vereinbarungen mit der Volksinitiative Guter Ganztag

Der Hamburger Senat hat mit der Drs. 21/11561 vom 9.1.2018 einen Zwischenstand der Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung des Ganztags an Hamburger Schulen vorgelegt. Die Mitteilung des Senates an die Bürgerschaft beschäftigt sich mit den mit der Volksinitiative „Guter Ganztag“ vereinbarten Verabredungen. Die Fraktion DIE LINKE hat zu dem vorgelegten Sachstandsbericht Fragen zu den Bereichen Zielsetzung, Beteiligungsstruktur, Personalausstattung, Gewinnung von Fachkräften, Qualitätsentwicklung im Schulbau, Qualitätsentwicklung der Verpflegung an Hamburger Schulen, Qualitätsmanagement und Finanzierung. [Zur Anfrage](#)

---

03. April 2018

## Schulbegleitung in Hamburg – Ein sinnvoller Beitrag zur schulischen Inklusion?

Für das Gelingen der schulischen Inklusion stellt die angemessene Schulbegleitung für Schüler/-innen mit entsprechendem Unterstützungsbedarf

wegen einer komplexen psychosozialen Beeinträchtigung (fortfolgend psyB abgekürzt) beziehungsweise mit erheblichem oder umfassendem Unterstützungsbedarf im Bereich geistiger oder körperlich motorischer Entwicklung (fortan gkmEB abgekürzt) eine entscheidende Grundlage für deren Recht auf Bildung und gleichwertige Teilhabe am Unterricht als auch für das erfolgreiche Absolvieren der von ihnen angestrebten schulischen Bildungslaufbahn dar. [Zur Anfrage](#)19. März 2018

### [Gesamtkonzept der Wohnungslosenhilfe in Hamburg: Stand der Umsetzung](#)

Im Herbst 2012 stellte die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) ein „Gesamtkonzept der Wohnungslosenhilfe in Hamburg“ (Drs. 20/5867) vor. Mit dem Gesamtkonzept der Wohnungslosenhilfe in Hamburg hat der Senat umfangreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation wohnungsloser Menschen und den Ausbau bestehender Angebote in der Wohnungslosenhilfe gebündelt. Dabei handelte es sich im Wesentlichen um Projektideen für spezifische Zielgruppen: psychisch erkrankte Menschen, Frauen, Familien und Alleinerziehende sowie junge Menschen. Der Umsetzungsprozess war ursprünglich auf drei Jahre ausgelegt und wurde durch einen Beirat, bestehend aus Akteuren/-innen aus Fachbehörden, Jobcenter, Bezirken, f & w fördern und wohnen AöR und der Freien Wohlfahrtspflege begleitet. Im Mai 2016 wurde der Arbeitsprozess abgeschlossen. [Zur Anfrage](#)

---

28. Februar 2018

### [Auswirkungen der Schließung des Fern- und Regionalbahnhofs Altona auf Altona und Ottensen sowie auf den Diebsteich](#)

Die Schließung und Verlagerung des Fern- und Regionalbahnhofs Altona hat erhebliche Auswirkungen auf das stadtstrukturelle Gefüge, das Gewerbe, das Dienstleistungsangebot und den Handel in dem Stadtteil, da ein gut funktionierender Verkehrsknotenpunkt zwischen Bus, S-, Fern- und Regionalbahn mutwillig zerrissen wird. Die Initiative „Prellbock Altona – Unser Bahnhof bleibt, wo er ist“ stellte auf einer öffentlichen Veranstaltung im Januar 2018 eine eigene Auswertung vor. Demnach befinden sich im Umkreis von circa 1 Kilometer um den Bahnhof Altona gut 2.600 Betriebe. 78 Bildungseinrichtungen, 97 Kultureinrichtungen, 28 Kitas sowie 86 soziale Betreuungseinrichtungen sowie 155 Ärzte/-innen, Zahnärzte/-innen und Heilpraktiker/-innen [hat die Initiative unter anderem gezählt. Zur Großen Anfrage](#)

---

30. Januar 2018

### [Haftbedingungen in der Untersuchungshaftanstalt Holstenglacis und der JVA Billwerder](#)

Die Untersuchungshaft soll dazu dienen, ein geordnetes Strafverfahren zu gewährleisten. Im Gesetz über den Vollzug der Untersuchungshaft (Hamburgisches Untersuchungshaftvollzugsgesetz-HmbUVollzG) vom 15. Dezember

2009 heißt es dazu unter anderem in § 2 Aufgabe des Vollzuges: Der Vollzug hat die Aufgabe, durch sichere Unterbringung der Untersuchungsgefangenen die Durchführung eines geordneten Strafverfahrens zu gewährleisten und den in den gesetzlichen Haftgründen zum Ausdruck kommenden Gefahren zu begegnen; in § 5 Gestaltung des Vollzuges (1): Das Leben im Vollzug ist den allgemeinen Lebensverhältnissen anzugleichen, soweit die Aufgabe des Vollzuges und die Erfordernisse eines geordneten Zusammenlebens in der Anstalt dies zulassen. Schädlichen Folgen des Freiheitsentzuges ist entgegenzuwirken. [Zur Großen Anfrage](#)

---

01. Dezember 2017

### [Postzustellbezirke in Hamburg](#)

Auf die Schriftliche Kleine Anfrage „Postzustellbezirke in Hamburg“ (Drs. 21/8747) hat der Senat unter Bezug auf die Deutsche Post AG auf drei von vier Fragen mit dem Verweis auf aufwändige Recherchen, die im Rahmen der zur Verfügung stehenden Zeit für eine Schriftliche Kleine Anfrage nicht zu leisten seien, keine Antwort gegeben. Diese Nicht-Antwort auf Fragen mit dem Verweis auf eine anscheinend schwierige Datenlage bei einem der weltweit größten Logistiker und nach eigenen Aussagen „Europas führendem Postdienstleister“ verwundert und wirft, zusätzlich zu den bestehenden unbeantworteten Fragen, neue Fragen auf. [Zur Anfrage](#)

---

24. November 2017

### [Entwicklung, Verteilung und Inanspruchnahme der ambulanten ärztlichen Versorgung und der vertragsärztlichen Bedarfsplanung in Hamburg](#)

In den ökonomisch schlechter ausgestatteten Stadtteilen Hamburgs mit Menschen, die in Armut leben, ist meist auch eine höhere Krankheitsdichte und es fehlt an Fachärztinnen und Fachärzten für verschiedene Bereiche. In der Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) zur Bedarfsplanung der vertragsärztlichen Versorgung von 2012 lautet es, dass Hamburg statistisch gesehen hervorragend vertragsärztlich versorgt ist. Allerdings wird darin nicht nach einzelnen Stadtteilen differenziert, sondern Hamburg im Gesamten betrachtet. Der Morbiditätsatlas von 2013 zeigt, dass es in Hamburg Unterschiede zwischen 67 Stadtteilen beziehungsweise Stadtteilclustern gibt. Es gibt eine unterschiedlich hohe Inanspruchnahme der ambulanten ärztlichen Versorgung sowie eine unterschiedliche Krankheitsdichte in den Stadtteilen. Beides hängt mit dem sozioökonomischen Status zusammen. [Zur Anfrage](#)

01. November 2017

### [Programm „Fördern statt wiederholen“ – Qualität und Wirksamkeit seit](#)

**2015/2016**

Das Programm „Fördern statt Wiederholen“ gemäß §45 des Hamburgischen Schulgesetzes (HmbSG) wurde Anfang 2011 vom Senat eingeführt, um Schüler\_innen, deren Leistungen den Anforderungen zum Übertritt in die nächsthöhere Klassenstufe nicht genügen beziehungsweise nicht zu genügen drohen, Unterstützung für die entsprechenden Verbesserungen ihrer Lern- und Wissensstände zu gewährleisten. Hierzu wurden an den allgemeinbildenden Schulen kostenlose Lernförderungsangebote etabliert, die die jeweiligen Bedarfe fachlich wie organisatorisch abdecken sollen. [Zur Anfrage](#)

---

*21. November 2017*

### **Berücksichtigung der Rechte der Kinder und Jugendlichen bei auswärtiger Unterbringung**

Alle Senate haben seit 2009 versucht, die auswärtige Unterbringung von Kindern und Jugendlichen zu reduzieren. Dies ist kaum gelungen. Der Anteil der auswärtigen Unterbringung ist prozentual nur unwesentlich zurückgegangen. Die absoluten Zahlen sind sogar noch gestiegen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist es besonders wichtig, besondere Anstrengungen zu unternehmen, auswärtige Unterbringungen zu reduzieren und die gegebenen auswärtigen Hilfen sorgfältig zu gestalten und dabei den Willen der Kinder und Eltern ausreichend zu berücksichtigen, denn die auswärtige Unterbringung stellt in vielerlei Hinsicht ein Problem für die Kinder- und Jugendhilfe dar. [Zur Anfrage](#)

---

*17. Oktober 2017*

### **Finanzierung der Drogen- und Suchthilfe in Hamburg**

Am Donnerstag, den 10. August 2017, besuchte Gesundheitssenatorin Prüfer-Storcks das Lukas Suchthilfezentrum Hamburg-West und ließ die Hamburger Suchthilfe im Rahmen dessen wissen – wie einen Tag später auch im „Hamburger Abendblatt“ nachzulesen war –, dass die bestehende Deckelung der Zuschüsse auf absehbare Zeit nicht aufgehoben werde. Trotz gestiegener Steuereinnahmen stünden keine zusätzlichen Finanzmittel zur Verfügung. [Zur Anfrage](#)

---

*08. August 2017*

### **Einführung emissionsfreier Busse**

Der Senat plant, ab 2020 nur noch emissionsfreie Busse zu beschaffen. War zunächst der Wasserstoffantrieb augenscheinlich das bevorzugte Antriebs-

konzept (die Planungen des neuen Busbetriebshofes „Gleisdreieck“ waren hierfür ausgelegt), so scheinen im Moment Busse bevorzugt zu werden, die nachts auf den Betriebshöfen geladen werden... [Zur Anfrage](#)

---

04. August 2017

### [Tarifentwicklung im HVV](#)

Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) will auch für das Jahr 2018 eine Fahrpreiserhöhung beantragen. Der HVV hat erklärt, dass die Anhebungsrate auf Basis des HVV-Tarifindex ermittelt werde. Der Index biete eine transparente Grundlage für die Tarifentwicklung. In die Berechnung sollen sowohl die Diesel-, Strom- und Personalkosten bei den Verkehrsunternehmen als auch die allgemeinen Lebenshaltungskosten einfließen. [Zur Anfrage](#)

04. August 2017

### [Wie können geflüchtete Studieninteressierte in Hamburg studieren?](#)

Im Jahr 2015 starteten in ganz Hamburg neben den vielen langjährig bestehenden Projekten des Geflüchteten-Supports auch an den Hamburger Hochschulen neue Angebote. In einem Zusammenspiel aus viel ehrenamtlichem Engagement und offiziellen Entscheidungen entstehen verschiedene Ansätze, geflüchtete Studieninteressierte an den Hamburger Hochschulen willkommen zu heißen, zu unterstützen und auch ins Studium zu begleiten. [Zur Anfrage](#)

28. Juli 2017

### [Hamburgs \(post-\)koloniales Erinnerungskonzept – Ergebnisse und Perspektiven](#)

Vor drei Jahren leitete der Senat mit seiner Stellungnahme vom 8. Juli 2014 (Drs. 20/12383) die Entwicklung eines gesamtstädtischen (post-)kolonialen Erinnerungskonzeptes ein – Zeit für ein Resümee und einen Ausblick. Deutschlands Kolonialvergangenheit und insbesondere das Ausmaß der kolonialen Vernichtungspolitik in der Kaiserzeit wird in der öffentlichen Wahrnehmung und Geschichtsschreibung bis heute unzureichend reflektiert und noch immer über weite Strecken ausgeblendet... [Zur Anfrage](#)

---

18. Januar 2017

## Tierversuche in Hamburg – Sachstand seit 2006

Tierversuchseinrichtungen haben in Hamburg eine lange Tradition. Gleich, ob aus wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Interessen heraus betrieben, wird diesen Unternehmen und ihrer Arbeit, insbesondere in den letzten Jahren, immer häufiger mit Skepsis und deutlicher Kritik in der Öffentlichkeit begegnet. Da laut Senat von der zuständigen Fachbehörde jede Tierversuchseinrichtung und jede Versuchsreihe strengen Prüfungen unterliegt, die insbesondere den Regelungen des Deutschen Tierschutzgesetzes (TierSchG) in Paragraph 5 entsprechen, scheint ein Überblick über den Gesamtkomplex der Tierversuchseinrichtungen in der Freien und Hansestadt Hamburg und seine Entwicklung in den vergangenen zehn Jahren sehr angeraten. [Zur Anfrage](#)

---

12. Januar 2017

## Produktionsschulen in Hamburg – Entwicklung und aktueller Stand

Seit 2009 wurden bis heute nach und nach mittlerweile acht Produktionsschulen in Hamburg installiert, die jeweils eigene Produktions- und Dienstleistungsprofile aufweisen, aber ihres trägerbetriebenen Charakters wegen keine Schulen im Sinne des Hamburgischen Schulgesetzes darstellen, weshalb sie neben einer behördlichen Förderung einen Anteil ihrer Kosten selbstständig erwirtschaften müssen. [Zur Anfrage](#)

---

05. Januar 2017

## Rückkauf der Hamburger Energienetze: Was ist drei Jahre nach dem Volksentscheid erreicht?

Mehrere Fragen in der Großen Anfrage „Rückkauf der Hamburger Energienetze – Was ist drei Jahre nach dem Volksentscheid erreicht?“ (Drs. 21/5758) wurden nicht vollständig beantwortet. In der Schriftlichen Kleinen Anfrage des Abgeordneten Stephan Jersch (DIE LINKE) vom 17.10.2016 wurde eine Reihe von Nachfragen nicht beantwortet mit der Begründung, die Daten könnten in der für die Beantwortung einer Schriftlichen Kleinen Anfrage vorhandenen Zeit nicht ermittelt werden. [Zur Anfrage](#)

---

13. Dezember 2016

### Beimischungen in illegalen Drogen – Was ist sonst noch drin?

Durch unkalkulierbar gestreckte Drogen kann es zu einer versehentlichen Überdosierung kommen, die auch zum Tode führen kann. Durch „unerwartete“ Substanzen, wenn also eine andere Substanz als eigentlich beabsichtigt konsumiert wird, können durch die unerwartete Wirkung außerdem gesundheitsgefährdende Situationen und Krisen entstehen. Auch die beigemischten Stoffe selbst können gesundheitlich problematische Wirkungen haben, wie zum Beispiel Levamisol, durch das eine Immunschwäche hervorgerufen werden kann, die lebensgefährliche Infektionen nach sich zieht. [Zum Antrag](#)

---

08. November 2016

### Die Realisierung der globalen Minderkosten beziehungsweise Minderausgaben

Die globalen Minderkosten sind eines der wichtigsten Steuerungselemente des Senats, um Kürzungen in den Haushalten der Behörden „top-down“ durchzusetzen. Ihre Bedeutung wird in den nächsten Jahren noch anwachsen. Sie lassen eine Planung für die verschiedenen Produktbereiche für die nächsten Jahre mit dem Argument im Vagen, das sich die Konkretisierung erst in den jeweiligen Jahren zeige. Desto bedeutender ist die Konkretisierung im Nachhinein. Diese wird im Haushaltsplan 2017/2018 nur sehr unzureichend getroffen und auch der Halbjahresbericht 2016 liefert diese Informationen nicht. [Zur Anfrage](#)

---

11. Oktober 2016

### Schulfinanzierung und Budgetpraxis für die staatlichen Schulen in Hamburg

Die staatlichen Schulstandorte in Hamburg erhalten pro Schuljahr ein Budget zur Finanzierung der durch sie zu leistenden schulischen Aufgaben. Dabei funktionieren die allgemeinen und beruflichen Schulen der Stadt heute mehr und mehr wie kleine Unternehmen, mit den Schulleitungen als Management. Es liegt somit in ihrer Verantwortung, im Rahmen der ihnen zur Verfügung gestellten Ressourcen so ökonomisch wie möglich zu haushalten, um alle Notwendigkeiten des Schulalltags in inhaltlicher, ausstattungs- wie personaltechnischer Hinsicht angemessen zu berücksichtigen. Zunehmend müssen die Schulen aber auch für Sanierungsmaßnahmen, Honorarkräfte, Reinigungs- und Pflegemittel, Fort- und Weiterbildung und vieles mehr eigenes Geld beisteuern. Dabei ist nicht transparent nachvollziehbar, welche Aufgaben im Einzelnen durch welches Budget bezahlt werden. Gerade vor dem Hintergrund der laufenden Haushaltsberatungen sehen wir hier einen notwendigen Auftrag, die jeweiligen Finanzmittel der Schulen und ihre Verwendung transparent aufzuschlüsseln. [Zur Anfrage](#)

---

11. Oktober 2016

### [Einführung der eAkte im Bereich SGB II – Jobcenter team.arbeit.ham- burg und Agentur für Arbeit Hamburg](#)

In der Drs. 21/1865 berichtete der Senat, dass das BMAS eine Entscheidung über die flächendeckende Einführung der eAkte im Bereich SGB II Anfang 2016 treffen wolle. Die eAkte gibt es bereits in der Agentur für Arbeit Ham- burg, bei der Familienkasse sowie seit Mai 2015 bei sechs Jobcentern als Pilotprojekt in der Testphase. Eingeführt durch die Bundesagentur für Arbeit steht sie im Kontakt mit Vertretern/-innen der Länder, der kommunalen Spit- zenverbände und der kommunalen Träger. Ziel der eAkte sind der Abbau von Papieren in den Akten (Archiveinsparungen), der zentrale Zugriff auf die Daten, um so schneller reagieren zu können (Suchen von Akten fällt weg), schnellere Auskünfte an Fragende, kürzere Lauf-, Such- und Transportwege, die Jobcenter und Arbeitsagenturen als der moderne Dienstleister sowie künftige kundenfreundliche Online-Angebote. Laut BA wird dem Datenschutz höchste Priorität eingeräumt. [Zur Anfrage](#)

---

27. September

### [Rückkauf der Hamburger Energienetze – Was ist drei Jahre nach dem Volksentscheid erreicht?](#)

Am 22. September 2013 hat die Hamburger Bevölkerung in einem Volksent- scheid mehrheitlich dafür gestimmt, dass die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze wieder vollständig von der öffentlichen Hand über- nommen werden. [Zur Anfrage](#)